



Pressedienst

**Arbeiterwohlfahrt
Bezirksverband Weser-Ems e. V.**

Klingenbergstraße 73 Tel. 04 41 / 48 01-193
26133 Oldenburg Fax 04 41 / 48 01-242

Oldenburg

Datum: 21.05.2008

AWO Weser-Ems: ver.di-Forderung gefährdet Arbeitsplätze

Oldenburg. Nachdem die Gewerkschaft ver.di am 07. Mai die Tarifverhandlungen mit dem AWO Bezirksverband Weser-Ems e. V. trotz eines deutlich verbesserten Angebotes des Arbeitgebers abbrach, führte sie am heutigen Mittwoch einen ganztägigen Warnstreik in Form einer Demonstration mit Kundgebung in Oldenburg durch, an dem sich, nach Auskunft der Ordnungsbehörden, rd. 250 der insgesamt 2.700 Beschäftigten beteiligten. Dem Arbeitgeber wurde das demokratische Mittel der Ansprache an die an der Kundgebung beteiligten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter verwehrt. Dieses Verhalten passt insofern ins Bild, als dass ver.di einen unabhängigen Sachverständigen, der die wirtschaftliche Verträglichkeit der Forderungen beider Parteien prüfen sollte, ablehnte, ebenso wie den Vorschlag, einen Schlichter einzusetzen.

Der AWO Bezirksverband Weser-Ems e.V. (Arbeitgeber) nimmt zum Sachverhalt wie folgt Stellung:

Das Volumen der ver.di-Forderung in Höhe von 200,- Euro monatlich mehr für jeden Beschäftigten beträgt mehrere Millionen Euro und übersteigt bei Weitem die Möglichkeiten des AWO Bezirksverbandes Weser-Ems e. V. , der mit seinen gemeinnützigen Tochtergesellschaften in der Region rd. 60 Einrichtungen und Dienste der Alten-, Eingliederungs- sowie Kinder-, Jugend- und Familienhilfe mit rund 2.700 Beschäftigten vorhält.

Das aktuell durch den Arbeitgeber vorgelegte Angebot umfasst ein finanzielles Volumen, welches das Ergebnis des letzten Jahres abbildet:

"Der testierte Jahresabschluss 2007 weist einen Überschuss von rd. 700.000 Euro aus. Die Forderung von ver.di kostet mehrere Millionen - da kann sich jeder ausrechnen, dass das nicht leistbar ist", so Verhandlungsführer Thomas Elsner.

Dieses berücksichtigend legte die AWO Weser-Ems der Gewerkschaft ver.di dennoch ein Angebot vor, was deutliche Verbesserungen für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer erbringt und u. a. folgende Bestandteile beinhaltet:

- Zusatzurlaub für Nachtwachen.
- Feiertagszuschläge für Oster- und Pfingstsonntag
- Einmalzahlung in Höhe von 250,- Euro pro Vollzeitstelle
- Einmalzahlung von 150,- Euro für diejenigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, denen nach dem alten Entgelttarifvertrag im Zeitraum vom 01. Juni bis 31. Dezember 2007 eine Erhöhung auf Grund des Erreichens einer neuen Altersstufe zugestanden hätte.
- Eine neue Entgelttabelle, die für den 01.01.2007 mit ver.di vertraglich vereinbart war. Den Abschluss bleibt die Gewerkschaft jedoch bis heute schuldig.

Sollten sich zukünftige Jahresergebnisse der AWO-Gruppe Weser-Ems besser darstellen, werden laut geltendem Tarifvertrag zum Ausgleich des strukturellen Defizits die entsprechenden Überschüsse an die Beschäftigten ausgezahlt.

„Das Delta zwischen dem, was wir an Personalkosten für gute und wichtige Arbeit am Menschen aufbringen und dem, was wir von den Kostenträgern refinanziert bekommen, wird zunehmend größer und beschert uns in der Altenhilfe immense Defizite“, so Torsten Brandes, stellvertretender Verhandlungsführer der Arbeitgeber und Geschäftsführer

der AWO Wohnen & Pflegen Weser-Ems GmbH, der mit 1.500 Beschäftigten größten Tochtergesellschaft des AWO Bezirksverbandes.

Deshalb fordert die AWO Weser-Ems die Gewerkschaft ver.di seit langem dazu auf, gemeinsam für bessere Rahmenbedingungen von sozialer Arbeit einzustehen, anstatt Forderungen aufzustellen, deren Umsetzung die in der Region dringend benötigten Arbeitsplätze gefährdet und die nachgefragte Qualität der AWO-Dienstleistungen bedroht.

Die Forderung der Gewerkschaft ver.di ist auf Grund der gestiegenen Lebenshaltungskosten nachvollziehbar und deren Umsetzung für jeden Einzelnen wünschenswert. Auch dass die Gewerkschaft ver.di ihren Positionen mittels Warnstreiks und Demonstrationen Nachdruck verleiht, sei gute demokratische Praxis, so Elsner. Gleichwohl müsste ver.di den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern mitteilen, dass eine Durchsetzung ihrer Forderungen unter den gegenwärtigen Rahmenbedingungen, insbesondere in der Pflege, Arbeitsplätze koste, ansonsten büße sie ihre Glaubwürdigkeit ein.

Bei Rückfragen wenden Sie sich bitte an:
Hannelore Hunter-Roßmann
(Verbands- und Unternehmenskommunikation)
Tel.: 0441/48 01-193
Mobil: 0170/8 35 60 47
E-Mail: hunter-rossmann@zentrale.awo-ol.de